

Delegiertenversammlung der Grünen Partei der Schweiz

Kantonsschule St. Gallen

Samstag, 19. September 2009

Protokoll

Präsidentin: Susanne Hoare Widmer, Kantonsrätin

Dauer: 11.30 – 17.00 Uhr

Anwesend: Personen (mit Stimmrecht)

Entschuldigt: Aline Trede (Vize-Präsidentin der Grünen Schweiz), Francine John-Calame (Nationalrätin NE), Kuno Kälin (Kassier), Franziska Teuscher (Nationalrätin BE und Vize-Präsidentin der Grünen Schweiz).

1. Eröffnung

Susanne Hoare Fraktionspräsidentin Kantonsrat St. Gallen, **Yvonne Gilli**, Nationalrätin St. Gallen und **Fredy Brunner**, Stadtrat St. Gallen (Direktor der technischen Dienste) begrüssen gemeinsam die Delegierten und heissen sie im Namen der Grünen St. Gallen herzlich willkommen.

Ueli Leuenberger, Präsident der Grünen Schweiz, eröffnet die Versammlung (s. DV-Ordner). Er erinnert daran, dass gleichzeitig eine grosse Demonstration der Gewerkschaften in Bern stattfindet, die sich gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise richtet, die nun auf den Köpfen der Arbeitnehmenden ausgetragen wird. Zur Wahl von D. Burkhalter: Wenn das Prinzip der Konkordanz wirklich berücksichtigt würde, hätten die Grünen Anspruch auf einen Bundesratssitz. Diese Frage wird sich wieder nach den Wahlen 2011 stellen, auf die wir uns bereits jetzt vorbereiten müssen. Es ist bereits jetzt ausgeschlossen, dass die Grünen auf Kosten der SP einen Sitz machen. Der Green New Deal muss der Kernpunkt dieser Kampagne sein: Arbeitsplätze schaffen durch Investitionen in eine grüne Wirtschaft.

2. Statutarisches

- **Wahl der StimmenzählerInnen** : Andreas Kyriacou, Maya Naef, Arno
- **Protokoll der Delegiertenversammlung vom 13. Juni 09:**

Wird genehmigt, Dank an die Verfasserin Sylvie Ricci

- **Vorstandswahlen**

Jo Lang, Grüne Alternative Zug

Marco Knobel stellt Jo vor und gibt bekannt, dass eine junge grüne Partei in Zug entsteht.

Jo Lang wird einstimmig in den Vorstand der Grünen Schweiz gewählt.

3. Informationen

- **Maya Graf, Fraktionspräsidentin, Informationen aus dem Parlament:**

Sie weist auf drei wichtige Themen der laufenden Session hin :

- Die Reform der Familienbesteuerung, die die Grünen zurückgewiesen haben, weil sie vor allem

begüterte Familien begünstigt.

- Das dritte Wirtschafts-Massnahmenpaket, diesmal ausgerichtet auf den Arbeitsmarkt. Die Grünen begrüßen dieses Paket grundsätzlich, stellen aber fest, dass es am Ende der parlamentarischen Debatte beinahe substanzlos ist. Eine gute Nachricht: 5 grüne Motionen zum Thema grüne Wirtschaft wurden angenommen.

- Auf das Projekt Atalanta, das ein Engagement der Schweizer Armee gegen die Piraten in Somalia vorsieht, wurde nicht eingetreten – ein Sieg für die Grünen.

- **Generalsekretariat:**

Das neue Generalsekretariat mit Miriam Behrens und Yann Golay wird vorgestellt.

- **European und Global Greens – neue Delegierte :**

Dank an die Abtretenden : Hans-Beat Schaffner, Heidi Rebsamen, Erica Hennequin

Die neu gewählten Mitglieder: Yaya Bajwa AG / Andreas Kyriacou ZH (European Greens) ; Ximena Kaiser VD / Jean Rossiaud GE (Global Greens)

- **Junge Grüne:** Greta Gysin wird als neue Koordinatorin begrüsst

4. Abstimmungsparen für den 29. November 2009

Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten»

Marlies Bänziger (Nationalrätin ZH) stellt die Argumente vor. Die Schweiz trägt aufgrund des wirtschaftlichen Profits Mitverantwortung am Kriegsgeschehen. Diese Initiative wird keine Auswirkungen auf die Schweizer Arbeitnehmenden haben, da der Armeesektor nicht sehr gewichtig ist und Umschulungsmittel vorgesehen sind.

Leo Amstutz (OW): Der Flugzeughersteller Pilatus ist einer der bedeutendsten Arbeitgeber des Kantons Nidwalden. Die Grünen Nidwalden befürworten die Initiative und werden sich für den Green New Deal engagieren, um die Ausrichtung des Werkes auf die zivile Luftfahrt zu fördern.

Jo Lang (CN ZG): Die Zentralschweiz ist ein guter Test für die Grünen: Kann man eine Initiative befürworten, wenn Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen? Die Antwort ist ein klares Ja, da Unterstützungsmassnahmen für die Region über einen Zeitraum von 10 Jahren vorgesehen sind.

Yaya Bajwa (AG): Ich bin Pakistaner und trete ein für eine Schweiz, die sich für die Respektierung der Menschenrechte auch in anderen Ländern einsetzt.

Katharina Prelicz-Huber (Nationalrätin ZH) macht auf ein Manifest von Frauen gegen den Krieg aufmerksam: Bitte unterschreibt dieses!

Die Delegierten empfehlen einstimmig die Annahme

Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»

Basil Oberholzer (Junge Grüne St. Gallen): Diese Initiative ist verfassungswidrig und dürfte dem Volk gar nicht zur Abstimmung unterbreitet werden. Man könnte ebenso gut die sonntäglichen Oeffnungszeiten bekämpfen, mit dem Argument, unsere Kultur und unsere Religion zu zerstören – mit dem Segen der SVP, die eine freie Wirtschaft propagiert!

Die Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht. Diese Initiative ist eine Provokation gegenüber den islamischen Ländern.

Christian Van Singer (Nationalrat VD) erinnert daran, dass es den Katholiken im Kanton Waadt bis 1930 nicht erlaubt war, Kirchtürme zu bauen – was uns heute absurd vorkommt.

Yaya Bajwa (AG): Mein Vater ist Imam gewesen der ersten Moschee der Schweiz, ein Ort der Toleranz für Christen und Buddhisten. Mobilisieren wir alle unsere Energie, denn die BefürworterInnen der Initiative gewinnen an Boden.

Andreas Kyriacou (ZH): Die Länder, in denen der fundamentalistische Islam stark vertreten ist, sind auch grosse Waffenimport-Länder (Pakistan, Saudi Arabien). Stimmt Ja zum Waffenexportverbot und Nein zum Minarett-Bauverbot und lässt euch nicht auf verfehlte Bau-Debatten ein.

Die Delegierten empfehlen einstimmig die Ablehnung mit einer Enthaltung

Bundesbeschluss „Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr“

Anita Lachenmeier-Thüring (Nationalrätin BS): Es handelt sich um die Schaffung eines Fonds für die Luftfahrt über einen Mineralölsteueranteil. Diese Steuer dient jedoch der Förderung von ökologischen Transportmitteln und nicht des Luftverkehrs. Letzten Endes wird es der private Luftverkehr sein, der davon profitieren würde, denn die grossen internationalen Flughäfen können sich selber finanzieren.

Die Delegierten empfehlen einstimmig die Ablehnung

5. Green New Deal :

Mandat der Delegiertenversammlung zur Konkretisierung des Green New Deal

Maya Graf (Nationalrätin BL) erinnert daran, dass das Positionspapier über den Green New Deal an der DV vom 13. Juni 2009 in Solothurn genehmigt wurde. Die Berner Grünen haben vorgeschlagen, dass dieses Dokument durch einen Abschnitt zum heute vorgestellten Thema Landwirtschaft ergänzt wird (und eventuell durch andere Abschnitte).

Die DV soll das der Geschäftsleitung anvertraute Mandat zur Konkretisierung des Green New Deal an die Schweizer Grünen bestätigen. Die Konkretisierung könnte allenfalls in Form einer Initiative für den ökologischen Umbau und die Schaffung von Arbeitsplätzen realisiert werden.

Marlies Hubschmidt (BE): Es handelt sich nicht nur um eine Initiative, sondern um ein ganzes Konzept.

Hans Rust (SG): Man muss alle Optionen prüfen, nicht nur die Möglichkeit einer Initiative.

Bastien Girod (CN ZH): Es ist zu einfach, nur von Arbeitsplätzen zu sprechen.

Felix Wettstein (SO): Nachhaltige Entwicklung ist mehr als die Ökologie. Die Formulierung sollte präzisiert werden.

Alec von Graffenried (Nationalrat BE) erinnert daran, dass der Green New Deal die Antwort der Grünen auf die Wirtschaftskrise ist, und nicht ihr ganzes Programm.

Ueli Leuenberger: Die Grünen müssen ihre Anstrengungen verstärken, um Initiativen und Referenden einzureichen, vor allem diejenige zum Green New Deal.

Die Formulierung wird den Einwänden der Delegierten entsprechend angepasst:

Die Delegiertenversammlung erteilt der Geschäftsleitung den Auftrag, ein Konzept zur Umsetzung des Green New Deals auszuarbeiten. Darin soll eine Volksinitiative erarbeitet werden mit dem Ziel, den Umbau der Wirtschaft voranzutreiben, damit sie den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung entspricht.

Das Mandat wird von der Mehrheit der Delegierten mit einer Enthaltung erteilt.

6. Grüne Positionen zur Agrarpolitik

Die Delegierten stimmen über das Dokument „Die 10 Forderungen der grünen Politik“ und die kantonalen Abänderungsvorschläge ab.

Maya Graf: Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist ebenfalls eine Klima- und Nahrungsmittelkrise. Die Grünen sind die einzigen, die begriffen haben, dass die Landwirtschaft nicht wie ein anderer Markt funktioniert, aber die ganze Welt betrifft. Der Staat hat jetzt seine Rolle zu spielen. Die Rahmenbedingungen des Marktes müssen in erster Linie die Qualität und die nachhaltige Produktion zum Ziel haben. Die Ernährungssouveränität muss gefördert werden, sowohl im Norden als auch im Süden.

Einführungsdebatte – Zusammenfassung

Einige Landwirte äussern sich kritisch zum Dokument. Sie finden, dass sie nicht genügend einbezogen wurden. Für andere handelt es sich um eine wertvolle Grundlage. Die landwirtschaftliche Ausrichtung der Grünen wird sich weiter entwickeln, namentlich bezüglich Energiefragen und Fleischproduktion.

Man muss die biologische Landwirtschaft fördern, was Arbeitsplätze schafft und dazu beitragen kann, die Tendenz zur hemmungslosen Ausbeutung zu korrigieren. Wir denken nicht nur an die Bauern, sondern an die ganze Produktionskette.

Die Delegierten beschliessen die Einleitung

Änderungsanträge: s. korrigierte Version in der Beilage

Neuer Titel: Dreizehn Massnahmen für eine grüne Landwirtschaft.

Das Positionspapier wird von der Mehrheit genehmigt

7. Diverses

• Resolution Ernährungssouveränität statt Freihandel

Martin Bosshard (AG) empfiehlt vor der Abstimmung über diese Resolution, das Freihandelsabkommen mit der EU abzuwarten

Jo Lang (CN ZG): Eine momentane taktisch begründete Ablehnung der Abstimmung bedeutet keine Ablehnung der Grundsätze!

Felix Lang (SO): Wir sind mehrheitlich gegen den Freihandel. Man kann diese Resolution problemlos annehmen, da die Forderungen, die wir stellen, keine Chance haben, kurzfristig erfüllt zu werden.

Anne-Catherine Menétrey (VD): Wir müssen uns mit den anderen Ländern solidarisch zeigen. Die Verantwortung für die Landwirtschaft sollte nicht an die WTO übertragen werden, sondern via FAO an die UNO. Wir müssen darauf vertrauen, dass ein besseres Abkommen möglich ist.

Louis Schelbert (CN LU): Der Freihandel muss immer begleitet werden von einer Qualitätsstrategie. Dies ist der Punkt, mit dem wir uns momentan auseinandersetzen müssen.

Maya Graf (CN BL): Die Resolution ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Resolution wird einstimmig angenommen mit 4 Enthaltungen

• Resolution Ja zur öffentlichen Förderung der nachhaltigen Landwirtschaft

Herbert Karch (BE): Das System der Direktzahlungen trägt zum Einkommen der Schweizer Bauern bei und hilft ungefähr 100 000 Arbeitsplätze zu erhalten. Dieses System fördert die Solidarität zwischen den Flachland- und den Bergregionen und faire Löhne. Es bestärkt die Bauern darin, verantwortungsbewusste UnternehmerInnen zu sein. Das System muss weiter entwickelt werden.

Maya Naef (SG): Es gibt bereits genügend Forderungen an die Landwirtschaft!
Eine Minderheit möchte den letzten Punkt streichen.

Die Resolution wird mit einer Mehrheit angenommen

• Resolution „Klimaschutz kann man essen“

Martin Neukomm (Junge Grüne): Die Landwirtschaft hat einen Einfluss aufs Klima. Der Fleischkonsum ist verantwortlich für einen höheren Treibhausgaseffekt als der Verkehr. Die Beheizung der Gewächshäuser verursacht CO₂. Wir fordern eine klare Deklaration für die KonsumentInnen, eine saisongerechte Ernährung, weniger Fleisch, biologisches Futter. Die Resolution ist keine vollständige Liste, aber eine Liste von Vorschlägen

Thomas Leitmann (AG): Man müsste präzisieren „Gewächshäuser beheizt mit fossilen Brennstoffen“ (Alternativen existieren).

Felix Wettstein (SO): Die erste Forderung ist schwierig umzusetzen, gibt es überhaupt bereits ein Land mit solchen Deklarationsvorschriften, die wir übernehmen könnten?

Felix Lang (SO): vielen Dank den Jungen Grünen, dieses Thema ist sehr wichtig, aber die Formulierung ist nicht ausreichend differenziert. Es muss präzisiert werden, dass wir uns an die KonsumentInnen richten und nicht an die Bauern (Problem des importierten Fleisches).

Philipp Maurer, Co-Präsident Junge Grüne Zürich

Präsentiert die Kantonale Volksinitiative zum Schutz der wertvollen Landwirtschaftsflächen (Bodenschutzinitiative), die kurz vor der Lancierung steht:

Der Initiativtext lautet:

Der Kanton sorgt dafür, dass die wertvollen Landwirtschaftsflächen wirksam geschützt werden und in ihrem Bestand und ihrer Qualität erhalten bleiben. Als wertvolle Landwirtschaftsflächen gelten die Flächen der Bodeneignungsklassen 1 bis 6 und grundsätzlich auch diejenigen der Bodeneignungsklasse 7, mit Ausnahme der zum Zeitpunkt der Annahme der Initiative rechtskräftig der Bauzone zugewiesenen Flächen.

Anne-Catherine Menétrey:

Importverbot von Früchten und Gemüse aus einer sozial-ökologisch nicht akzeptablen Produktion

Weist auf die katastrophale ökologische und soziale Arbeitssituation in den ca. 40 000 südspanischen Gewächshäusern hin.

Zwischen 2004 und 2009 haben alle Westschweizer Kantone und der Kanton Bern mit einer grossen Mehrheit zugestimmt, kantonale Initiativen einzureichen, um den Bundesrat aufzufordern,

1. den Import von Früchten und Gemüse zu verbieten, die unter Bedingungen produziert wurden, die nicht unseren Standards entsprechen.
2. mit der WTO in Verhandlung zu treten, um die sozialen Kriterien der Produktion zu regeln
3. zu überwachen, dass die importierten Produkte mit einer Deklaration bezüglich ihrer Herkunft und der Produktionsbedingungen versehen werden.

Diese kantonalen Initiativen werden den zuständigen Kommissionen der eidgenössischen Räte ab Januar 2010 unterbreitet.

Verdankungen

Ueli Leuenberger macht noch folgende Mitteilungen:

- Cassis de Dijon Referendum: bisher 35'000 Unterschriften, also im Endspurt.
- Verweist auf die Université d'été vom 26./27. Juni in Lausanne zum Thema Wirtschaft und ÖkologieEconomie/Ecologie.
- An der Fachkonferenz Migration vom 3.10.09 hat es noch einige freie Plätze für alle jene, die in irgendeiner Form mit Migrationsthemen konfrontiert sind.

Ein herzliches Dankeschön an alle, die an dieser DV mitgewirkt haben, insbesondere an die St. Galler Grünen für die ausgezeichnete Organisation und an die Tagespräsidentin Susanne Hoare. Danach lädt er zum anschliessenden Apéro ein. Ende der DV : 17.30 Uhr.

Bern, September 2009,

Bénédicte Savary und Monika Loosli, Übersetzung ins Deutsche Monika Loosli